

Education Country Switzerland

Christian L. Aeberli

Inhaltsverzeichnis

I.	Bildung und Wohlstand in der Wissensgesellschaft	276
II.	Internationalisierung fördert den Wettbewerb zwischen den Hochschulen	279
III.	Mehr Studierende, mehr Konkurrenz	280
IV.	Hochschulen haben einen volkswirtschaftlichen Nutzen	284
V.	Hochschulbildung wird zum Geschäft	288
VI.	Mehr Markt, weniger Staat	291
VII.	Mehr Wissen, mehr Wohlstand	295
VIII.	Ausbau der «Hochschule Schweiz»	296

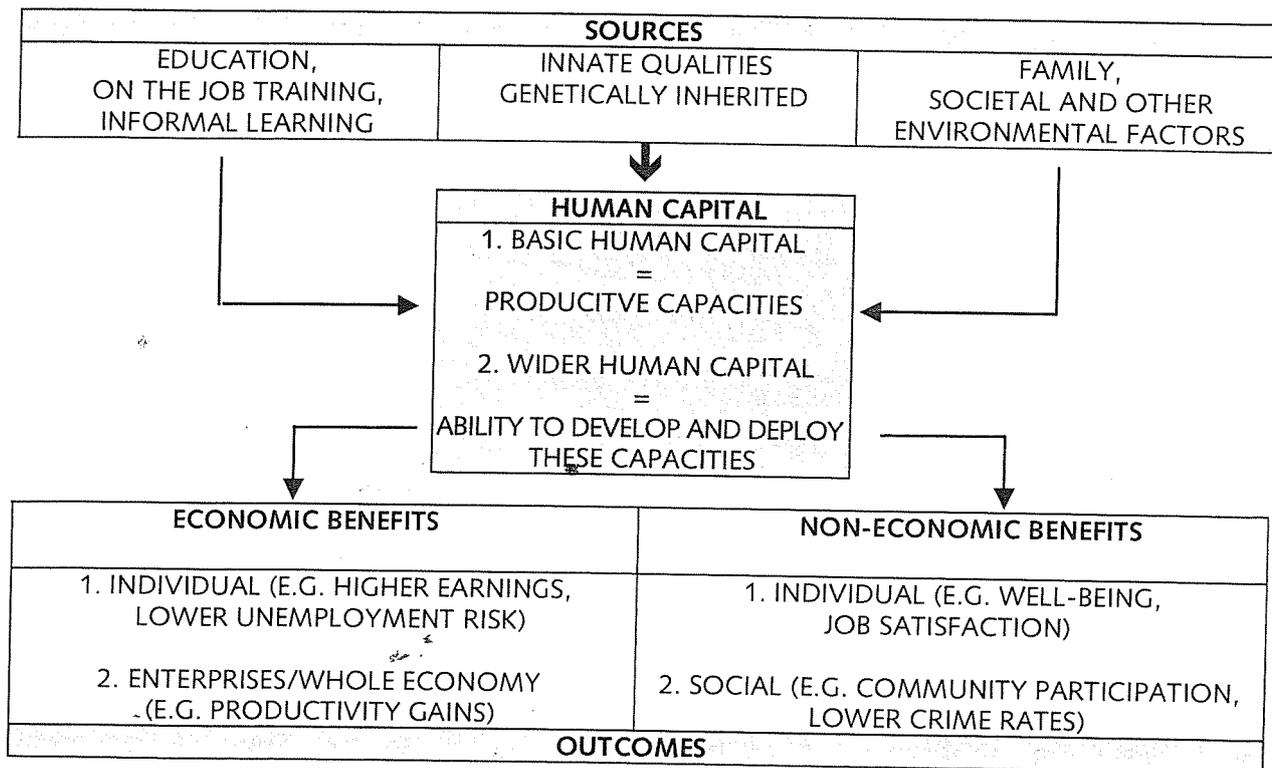
«Higher education has given ample proof of its viability over the centuries and of its ability to change... Higher education is confronted with formidable challenges and must proceed to the most radical change and renewal it has ever been required to undertake» (Extracts from the World Declaration on Higher Education for the Twenty-First Century, UNESCO, Paris 1998).

I. Bildung und Wohlstand in der Wissensgesellschaft

In der globalisierten Wissensgesellschaft und -ökonomie ist der Bildungsstand der Bevölkerung von grosser Bedeutung. Die gilt sowohl aus der übergeordneten, volkswirtschaftlichen Perspektive als auch aus individueller Sicht. Gute Bildung erhöht das Humankapital und trägt einerseits zur Prosperität der Gesellschaft bei, andererseits steigen die Arbeitschancen und die Lebensqualität der einzelnen Menschen.

Humankapital wird nicht ausschliesslich durch formale Aus- und Weiterbildungsgänge generiert, sondern zusätzlich geprägt durch den sozialen und kulturellen Hintergrund, andere Erfahrungen sowie die Persönlichkeit des

Abb. 1 Humankapital: Quelle, Aspekte und Outcome (OECD 2002)¹



¹ OECD: Education Policy Analysis 2002. Paris: Organization for Economic Co-operation and Development (2002).

Menschen. Bei den «Erträgen» aus dem Humankapital wird zwischen privaten, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wirkungen unterschieden. Beispielsweise können andere persönliche Kompetenzen zu einem erfüllten Privatleben führen, als für den Erfolg am Arbeitsplatz erforderlich sind; obwohl auch hier grosse Überlappungen möglich sind.² Humankapital wird durch verschiedene Quellen aufgebaut, dabei ist die schulische und/oder berufliche Ausbildung von entscheidender Bedeutung. Sie kann allfällige sozial oder kulturell bedingte Benachteiligungen vermindern.

Die moderne Gesellschaft wird heute als Wissensgesellschaft bezeichnet. Der Begriff löst frühere Definitionen aus den 1990er Jahren wie postmoderne, postindustrielle, Erlebnis-, Dienstleistungs- oder Informationsgesellschaft ab oder ergänzt diese.³ «Wissensgesellschaft» weist auf die systematische und technisierte Handhabung und die dominant werdende Bedeutung des Wissens für die soziale und ökonomische Entwicklung der Gesellschaft hin. Wissensproduktion und Wissensintensität sind immer wichtigere Faktoren, sowohl für die Dienstleistungen als auch für die Produkte und Technologien. Gemäss dem Deutschen Bundesministerium für Bildung und Forschung ist der Anteil von akademischen, technischen und gleichrangigen Berufen ein Indikator für die Wissensintensität der Beschäftigung.⁴ Dieser lag 1999 für Deutschland bei 32,7 Prozent und in der Europäischen Union (15 Länder) bei 27,4 Prozent. In einer Umfrage des Fraunhofer Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation wird der Produktionsfaktor Wissen für die Wertschöpfung auf über 50 Prozent geschätzt, mit steigender Tendenz.⁵

Wissensgesellschaft kann traditionell in Bezug auf den Nationalstaat betrachtet oder im Kontext der Weltgesellschaft gesehen werden. Zwischen diesen beiden Polen positionierten sich die europäischen Bildungsminister im März 2000 in Lissabon. Als europäische Zielsetzung für das Jahr 2010 wünschten sie sich, dass Europa «... the most competitive and knowledge-based economy in the world ...» werde. Damit wollten sie sich hauptsächlich gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika verbessern. Aber auch für die Schweiz stellt sich die Frage nach der Positionierung. Besonders deshalb, weil die Schweiz ein rohstoffarmes Land ist. Und damit der höheren oder tertiären Bildung eine besondere Rolle zukommt.

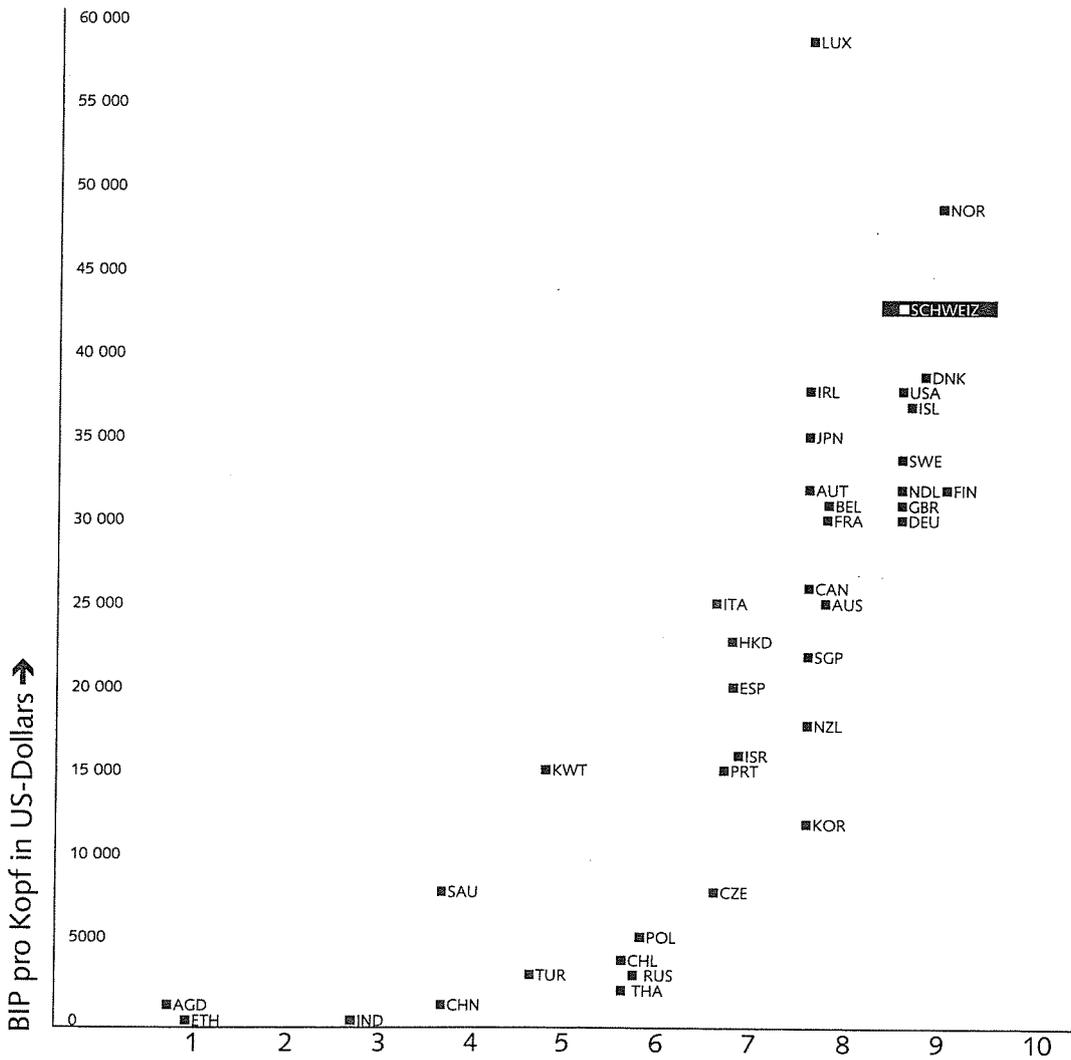
2 Ebenda.

3 Vgl. www.wissenschaftundschule.de.

4 Siehe www.forschung.bmbf.de.

5 BULLINGER H.-J. / WÖRNER K. / PRIETO J., Wissensmanagement heute: Daten, Fakten, Trends: Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (Stuttgart 1998).

Abb. 2 Knowledge Economy Index



Der «Knowledge Economy Index» der Weltbank zeigt einen Zusammenhang zwischen der Produktivität eines Landes oder einer Region und dem Bildungsstand und der Innovationsfähigkeit seiner Bevölkerung auf. Da vor allem die know-how-intensiven Dienstleistungen, Produkte und Technologien eine hohe Wertschöpfung generieren, müssen erfolgreiche Gesellschaften weiterhin in Bildung investieren. Wissen und Information werden zu immer wichtigeren Produktionsfaktoren der Wirtschaft. Es kommt in Zukunft darauf an, vielen Menschen den Zugang zu Wissen und Information zu ermöglichen. Gleichzeitig muss ein hohes Bildungsniveau angestrebt werden. Und es ist auf einen effizienten Wissens- und Technologietransfer zu achten, da die Geschwindigkeit der Umsetzung in neue Produkte und Dienstleistungen über Erfolg bzw. Misserfolg entscheidet.

In der Wissensgesellschaft tragen Aus- und Weiterbildung massgeblich zur Steigerung des Humankapitals bei; damit erhöht sich auch die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Diese Zusammenhänge werden von immer mehr Politikerinnen und Politikern erkannt. Allerdings werden sie unterschiedlich interpretiert und umgesetzt. Während die einen auf einen qualitativen Ausbau setzen, so forderte beispielsweise die deutsche Bildungsministerin lautstark Eliteuniversitäten, und in Österreich erklang der Ruf nach Weltklasseuniversitäten,⁶ wünschen die anderen einen quantitativen Ausbau wie zum Beispiel die Engländer: Sie wollen die Zahl der Hochschulabsolventinnen und -absolventen auf 50 Prozent anheben.⁷

Die zwar unterschiedlichen Ausbauszenarien aus dem Ausland sind trotzdem Indizien dafür, dass der gesellschaftliche Stellenwert der tertiären Bildung in Zukunft grösser wird. Dass für ein Land ein leistungsfähiges Hochschulangebot noch wichtiger wird. Und dass die Globalisierung auch im Hochschulbereich Einzug gehalten hat.

II. Internationalisierung fördert den Wettbewerb zwischen den Hochschulen

Zurzeit entsteht in rasantem Tempo ein weltweiter kompetitiver Hochschulmarkt. Während zwischen den Wissenschaftlerinnen beziehungsweise Wissenschaftlern seit je Konkurrenz herrschte, entsteht nun ein zusätzlicher Wettbewerb zwischen den einzelnen Hochschulen wie auch zwischen den nationalen Hochschulsystemen um die klügsten Köpfe und teilweise auch um die finanziellen Ressourcen. Die Universitäten und Fachhochschulen kommen zunehmend unter Druck: Bildung und Forschung sind heute Produkte, für die auf dem Markt geworben werden muss. Regionale und nationale Territorien verlieren an Bedeutung; die Grenzen zwischen den Ländern werden durchlässiger. Damit eröffnen sich für die Universitäten und Fachhochschulen mit den Worten der OECD «Opportunities and Challenges».⁸ Ganz sicher nimmt jedoch vor allem der Wettbewerb um leistungsfähige Studierende, öffentliche Gelder, Drittmittel für Forschung sowie exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu. Gefördert werden diese Tendenzen durch die Deklaration von Bologna aus dem Jahre 1999 sowie der wachsenden Zahl internationaler Hochschulrankings.

6 HACKL ELSA / PFEFFER THOMAS / EBERHERR HELGA, Internationalisation of the Austrian higher education system (Wien 2003).

7 SPORN BARBARA / AEBERLI CHRISTIAN, Hochschule Schweiz. Ein Vorschlag zur Profilierung im internationalen Umfeld (Zürich 2004).

8 OECD, Internationalisation and Trade in Higher Education. Opportunities and Challenges. Paris: Organization for Economic Co-operation and Development (2004).

Durch das Abkommen von Bologna entsteht ein einziger grosser europäischer Hochschulraum mit rund 45 Ländern. Mit der Einführung der angelsächsischen Studienstruktur (Bachelor- und Master-Studiengänge) tritt Europa in den Wettbewerb mit den USA; und mit dem «European Credit Transfer System» (ECTS-Punkten) wird eine Art europäische Währung zur Bemessung und Anrechnung der Studienleistungen eingeführt. Auch die ECTS-Punkte verschärfen den Wettbewerb und damit die Konkurrenz zwischen den europäischen Hochschulen. Bis ins Jahr 2010 sollen die Unterzeichnerstaaten auf freiwilliger Basis die Bologna-Reform umgesetzt haben.

Die verschiedenen Rankings schaffen eine grössere Transparenz und damit bessere Vergleichbarkeit der Hochschulen beziehungsweise ihrer Institute. «State of the art» scheint gegenwärtig das vom Centrum für Hochschulentwicklung in Gütersloh ausgedachte Verfahren zu sein.⁹ Es wurde im Jahr 1998 in Deutschland gestartet und im Jahr 2004 bereits zum siebten Mal durchgeführt. Zum ersten Mal waren 2004 auch die Schweiz und Österreich dabei. Die Ergebnisse wurden der Öffentlichkeit im Frühling 2005 vorgestellt. Sie wurden zusammen mit Medienpartnern in Zeitschriften und gleichzeitig im Internet publiziert (www.dashochschulranking.de oder www.swissup.ch). Die elektronische Version ermöglicht den angehenden Studierenden und anderen Interessierten diverse, nach individuellen Kriterien zusammengestellte Auswertungen und ermöglicht, persönliche Präferenzen bei der Wahl des Studienortes zu berücksichtigen.

III. Mehr Studierende, mehr Konkurrenz

Die Zahl der Studentinnen und Studenten nimmt weltweit zu. In der sogenannten Wissensgesellschaft möchten immer mehr Menschen eine gute Ausbildung erwerben. In den USA war der Anteil junger Menschen, die ans College gingen, im Jahr 1900 bei 4 Prozent, in den 1960er Jahren lag der Prozentsatz bei ungefähr 40 Prozent und heute liegt er bei 50 bis 60 Prozent.¹⁰ Ein starker Anstieg an Studierenden fand in den letzten Jahren auch an den Hochschulen in Grossbritannien statt. Und zwar zwischen 1997 bis 2002 von 1,8 auf knapp 2,1 Millionen Studentinnen und Studenten. Die englische Regierung diskutiert zudem eine Erhöhung der Hochschulabsolventenquote auf 50 Prozent. Kontinuierlich

⁹ www.dashochschulranking.de.

¹⁰ KERR CLARKE, *The American University Always in Transition: From a Glorious Past to a Dreadful Future, 1900–2000*, in: Müller-Böling, Detlef, Mayer, Evelies, MacLachlan, Anne and Jutta Ferowitz (eds.): *University in Transition. Research Mission, Interdisciplinarity and Governance* (Gütersloh 1998).

steigt die Zahl der Hochschulabsolventinnen und -absolventen in den Niederlanden. In China schliessen jährlich 2,5 bis 3 Millionen junge Chinesen ihre Ausbildung an einer Hochschule ab. Zudem lernen mehr Chinesen Englisch, als Amerikaner Englisch sprechen.¹¹ Insgesamt gibt es in China etwa 50 Millionen Studierende.¹²

An den Schweizer Universitäten und Eidgenössischen Technischen Hochschulen studierten im Jahr 2002 etwa 111 000 Personen. 1980 waren es noch 61 000 Studierende. Die Steigerung beträgt 70 Prozent. Auch für die noch jungen Fachhochschulen wird eine starke Zunahme der Studierenden vorausgesagt. Gemäss den jüngsten Prognosen des Bundesamts für Statistik (BFS) dürfte die Anzahl Studierender im Studienjahr 2004/2005 um 5 Prozent zunehmen und insgesamt 161 000 erreichen. Dabei werden die universitären Hochschulen um 2,7 Prozent, die Fachhochschulen sogar um 11 Prozent Studierende anwachsen. Aufgrund demografischer Faktoren wird aber laut dem Bundesamt die Zahl der Studierenden in rund zehn Jahren kaum mehr wachsen und sich auf ungefähr 180 000 einpendeln.¹³

Im internationalen Vergleich liegt der Anteil von Hochschulabsolventen an der Bevölkerung in der Schweiz mit 18 Prozent unter dem OECD-Durchschnitt von gut 30 Prozent. Spitzenreiter sind hier Australien, Finnland, Polen und Island mit Anteilen von mehr als 40 Prozent sowie Ungarn und Grossbritannien mit Anteilen über 35 Prozent.¹⁴ Mittelfristig ist der unterdurchschnittliche Anteil an Hochschulabsolventinnen und -absolventen in der Schweiz ein Nachteil. Denn gerade für die Entwicklung und Herstellung von wertschöpfungsintensiven Produkten sind gut ausgebildete Leute notwendig. Und es besteht die Gefahr, dass gut ausgebildete junge Menschen mit höherer Berufsbildung gegenüber ausländischen Kolleginnen und Kollegen mit akademischem Abschluss benachteiligt werden.

Relativ hoch ist dafür der Anteil der ausländischen Studentinnen und Studenten an der Gesamtstudierendenzahl. Im internationalen Vergleich liegt die Schweiz hier knapp hinter Australien auf Platz zwei. Und zwar mit deutlichem Vorsprung auf das drittplatzierte Österreich.¹⁵ Die Toprangierung ist ein Indiz

11 ARBEITSKREIS KAPITAL UND WIRTSCHAFT, Neue Wege zur Hochschulfinanzierung (Zürich 2004).

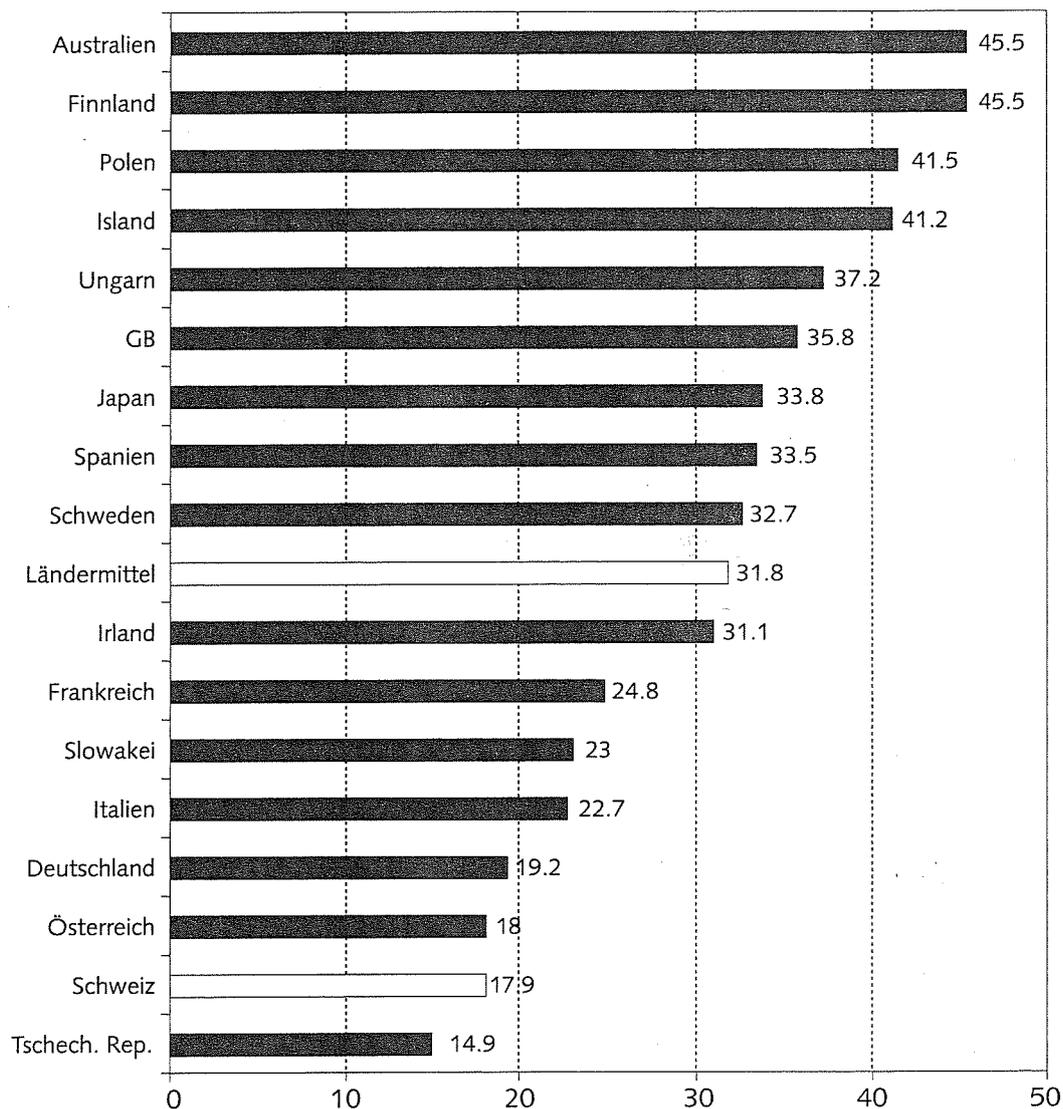
12 Siehe www.edu.cn.

13 BUNDESAMT FÜR STATISTIK, Studierende und Hochschulabsolventen: Prognosen 2003–2012 (Neuchâtel 2003).

14 OECD (2004): Education at a Glance. OECD Indicators. Paris: Organization for Economic Cooperation and Development.

15 OECD 2004.

Tabelle 1 Anteil Hochschulabsolventen



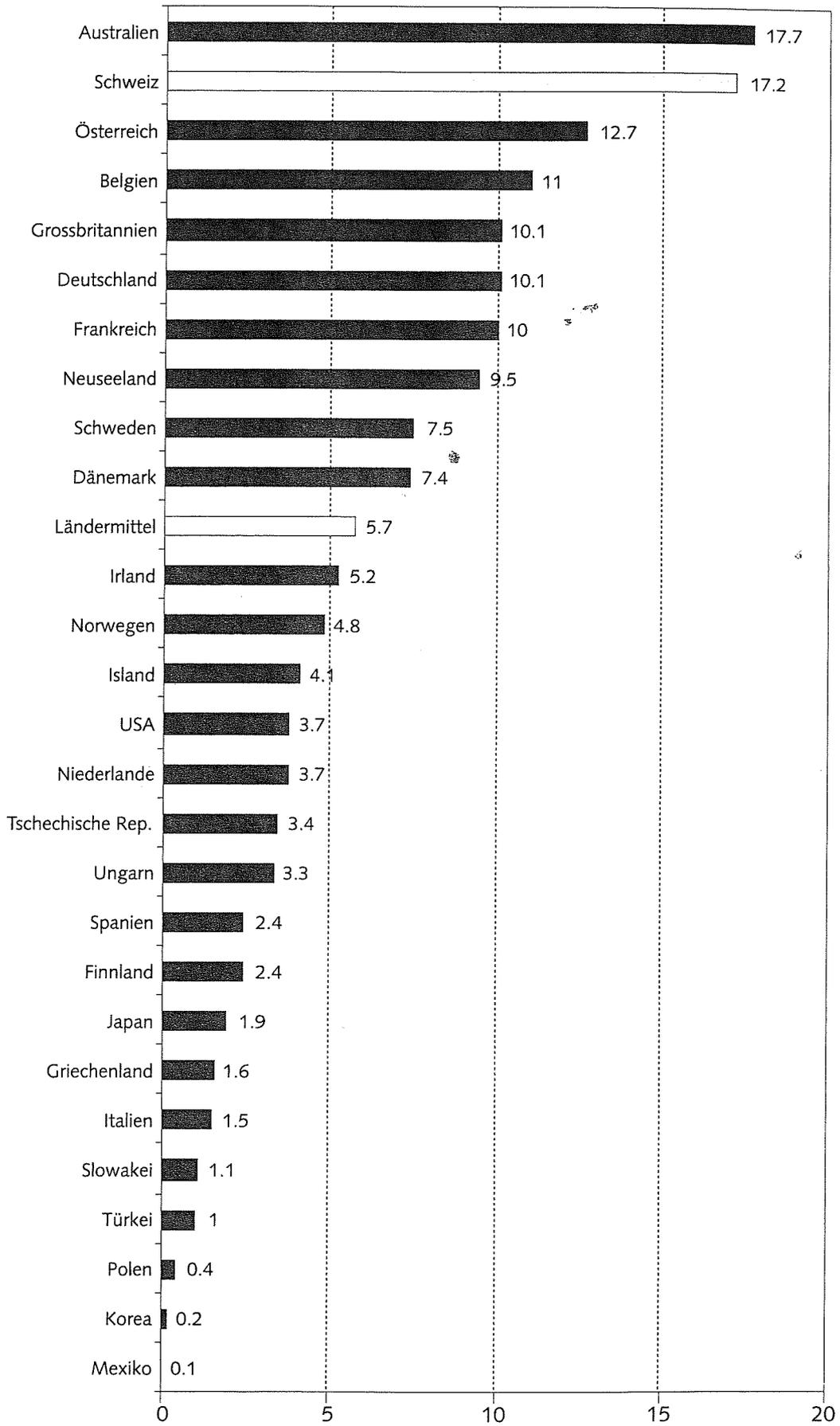
für die Attraktivität der Schweizer Hochschulen. Vor allem für die Universität der Italienischen Schweiz (USI), die Universität Genf, die Eidgenössische Hochschule in Lausanne (EPFL) und die Universität St. Gallen; sie weisen einen überdurchschnittlichen Ausländeranteil auf.¹⁶

In den nächsten Jahren wird die Zahl ausländischer Studierender an den Schweizer Hochschulen weiter zunehmen; insbesondere aus dem deutschsprachigen Raum. Dafür gibt es zwei Gründe: Erstens die Sprache, und zweitens erscheint seit Frühling 2005 ein differenzierter vergleichender Studienführer der deutschsprachigen Hochschulen.¹⁷ Damit werden noch viel mehr junge Deut-

¹⁶ Siehe www.statistik.admin.ch.

¹⁷ Vgl. Stern spezial (2004): Campus & Karriere. Hamburg: «Stern». www.stern.de/campus-karriere.

Tabelle 2 Anteil ausländischer Studierender



sche realisieren, dass sie in der Schweiz, im Unterschied zu Deutschland, ihre Lieblingshochschule selber auswählen können. Oder es werden mehr Österreicher wissen, dass sie sich, anders als im Heimatland, in der Schweiz nicht um einen Studienplatz an einer Fachhochschule bewerben müssen, wenn sie die formalen Anforderungen erfüllen.

Weltweit nimmt die Nachfrage nach guten Ausbildungsplätzen zu. Und in Europa entsteht dank der Bologna-Deklaration ein transparenter Hochschulraum mit über 45 Ländern. Künftige Studierende werden ihren Studienort öfters aufgrund des Angebots und des Renommées einer Hochschule auswählen. Dieses Phänomen ist nicht unbedeutend für die Rekrutierung von leistungsfähigen Arbeitskräften. Denn heute verbleiben beispielsweise gut zwei Drittel der Europäer nach Abschluss ihres Doktorats in den USA; d. h. sie kehren vorderhand nicht mehr zurück: Deshalb arbeiten in den Vereinigten Staaten über 100 000 gebürtige Europäerinnen und Europäer.¹⁸ Bei den asiatischen und indischen Doktorandinnen und Doktoranden liegt der Anteil derjenigen, die nicht mehr in ihr Heimatland zurückkehren, bei über 80 Prozent. Viele hoch qualifizierte junge Leute verbleiben demnach in dem Land, in dem sie ihren letzten Studienabschluss erreicht haben.

IV. Hochschulen haben einen volkswirtschaftlichen Nutzen

In der Schweiz wird bei öffentlichen Bildungsausgaben von Kosten oder bestenfalls von Investitionen gesprochen. Die Ausgaben für Bildung und Forschung betragen im Tertiärbereich ungefähr 6,8 Milliarden Franken im Jahr.¹⁹ Gemessen am BIP sind das 1,2 Prozent, also 0,1 Prozent unter dem OECD-Durchschnitt.²⁰

Umgekehrt sieht der internationale Vergleich bei den Ausgaben pro Studierenden aus: Die Hochschulausgaben der öffentlichen Hand betragen in der Schweiz 20 000 US-Dollar pro Kopf. Der Schnitt der OECD-Länder liegt pro Kopf bei rund 10 000 US-Dollar. Das Schweizer Hochschulwesen erscheint somit im Vergleich ziemlich teuer. Allerdings gilt es zu berücksichtigen, dass zum Beispiel in den USA viele private Universitäten existieren.

Gewinn bzw. einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzen werfen vor allem die angelsächsischen Hochschulen ab. In amerikanische Spitzenhochschulen investierte staatliche Dollars werfen hohe Renditen für die Gesellschaft ab. In

18 Vgl. THE WALL STREET JOURNAL EUROPE. Wednesday, August 18, 2004.

19 BUNDESRAT, Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2004–2007 (Bern 2002).

20 OECD (2004).

Tabelle 3 Ausgaben im Tertiärbereich in Relation zum BIP

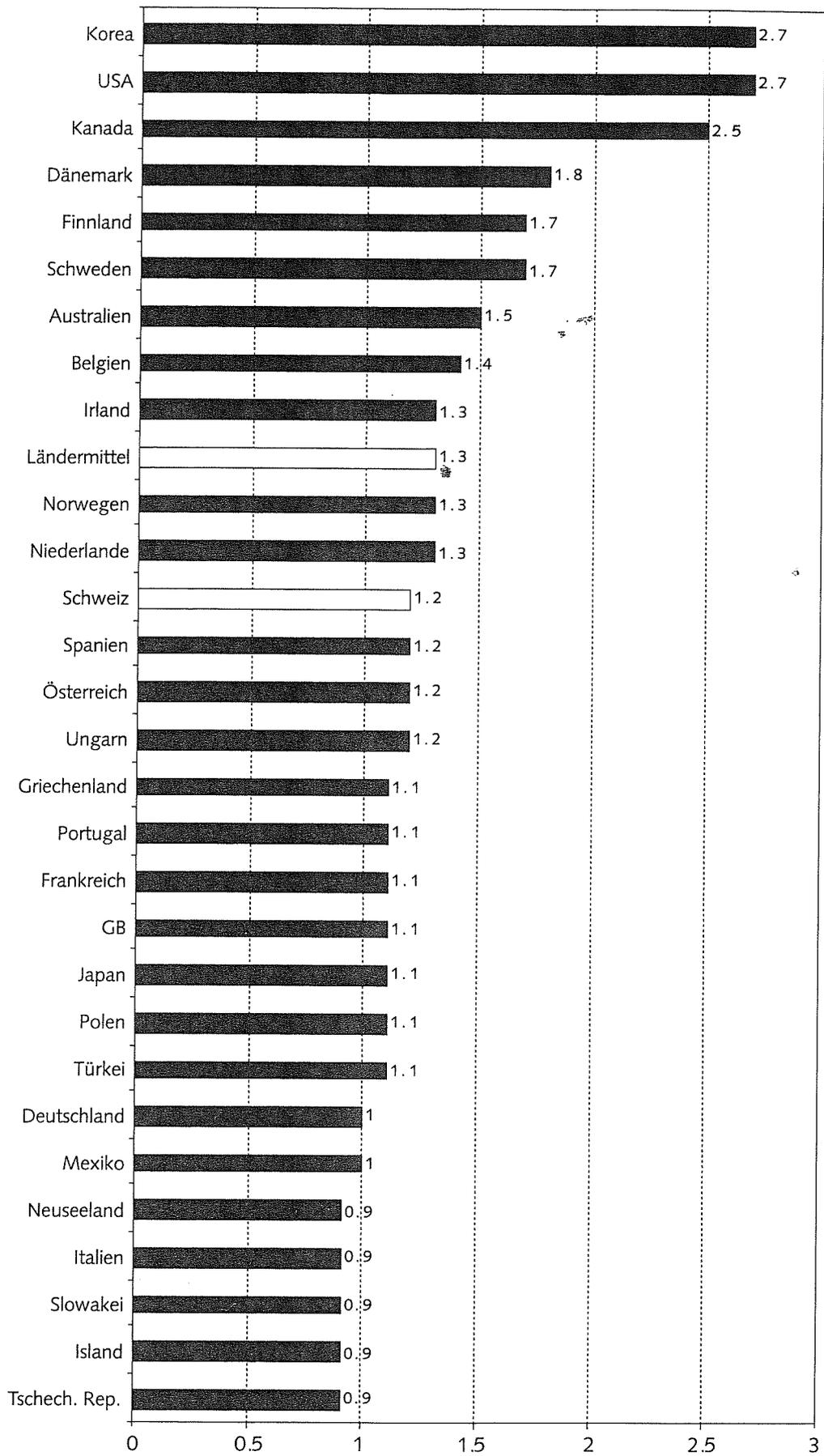
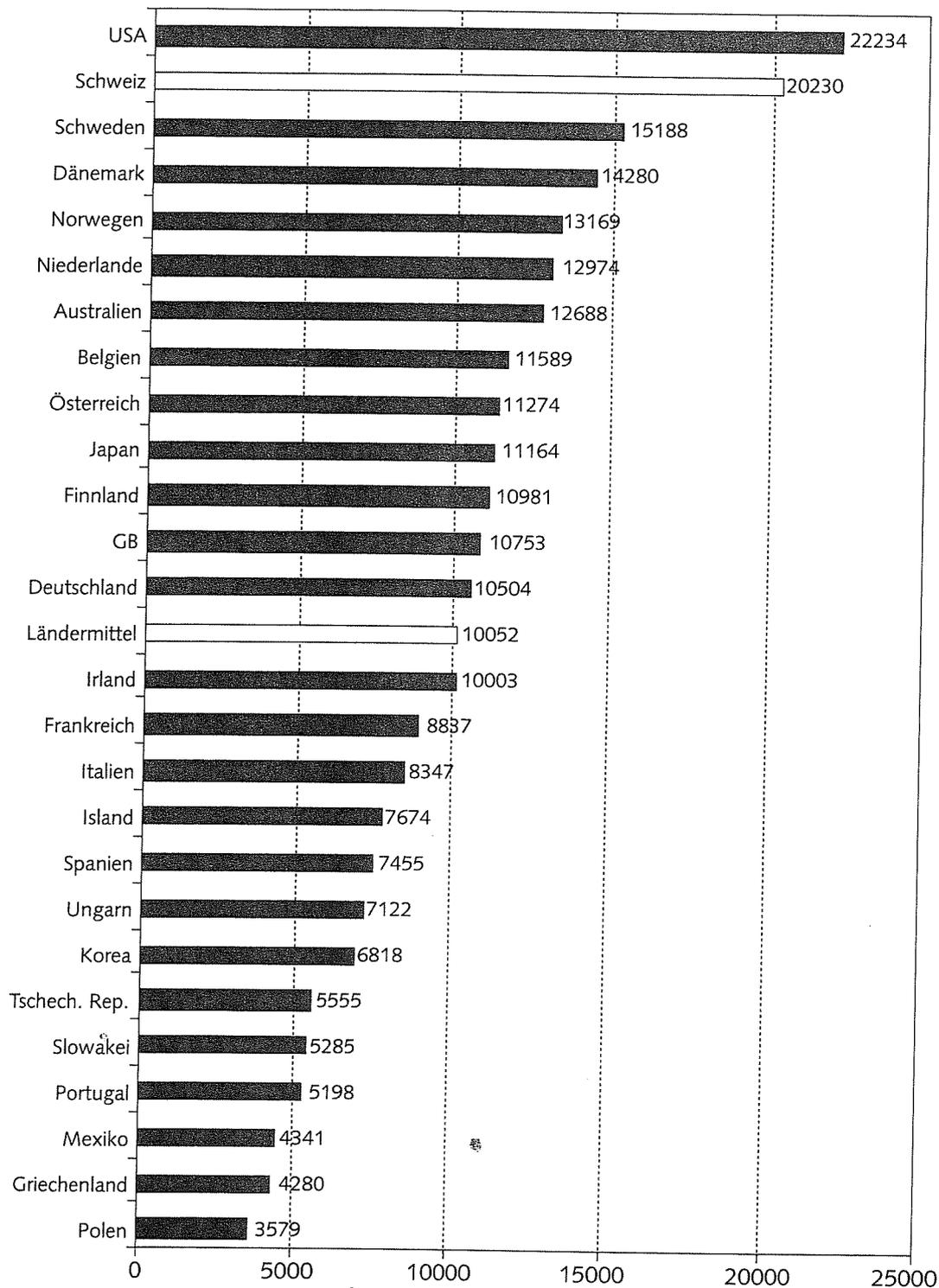


Tabelle 4 Ausgaben pro Studierende/r im Tertiärbereich



New York City sind Bildung und Forschung die umsatzmässig drittstärkste Branche hinter dem Finanzgeschäft und dem Tourismus. Möglich ist dies u. a. dank höheren Studiengebühren, steuerlich begünstigten Schenkungen und einer konsequenten Akquisition von Drittmitteln, insbesondere über Forschungspro-

jekte.²¹ Die öffentliche University of California generierte im Finanzjahr 2000/2001 aus einem vom kalifornischen Staat investierten Dollar vier zusätzliche Dollar. In die Forschung und Entwicklung gemachte Investitionen brachten pro Dollar zusätzliche 3,89 Dollar. Zudem schafft die Universität hunderttausende von Stellen, die wiederum eine schöne Summe an Steuergeldern einbringen. Nicht bezifferbar ist der Nutzen der kalifornischen Universitäten als Wissens- und Innovationsgeneratoren. Nicht gemessen wurde die Zahl der durch Studierende und Mitarbeitende neu gegründeten Unternehmungen (start-ups und spin-offs), oder auch die Wirkung der Universitäten auf die lokalen Dienstleistungs- und Zulieferbetriebe.²²

Dass Hochschulen einen grossen Einfluss auf die Volkswirtschaft haben, belegt auch die Studie «Engines of Economic Growth».²³ Darin wird der Einfluss der acht Bostoner Forschungsuniversitäten mit insgesamt 118 000 Studierenden auf die Region aufgezeigt. Für das Jahr 2000 wird geschätzt, dass von den Einnahmen der Hochschulen in der Höhe von insgesamt knapp 6 Milliarden Dollar rund 70 Prozent von ausserhalb der Region kommen. Und zwar von Forschungsaufträgen, von Studiengebühren von Auswärtigen, von Schenkungen und von Stiftungseinkommen. Umgekehrt werden ungefähr zwei Drittel der universitären Budgets innerhalb der Metropolitanregion ausgegeben. Für Löhne und Honorare der Angestellten in der Umgebung, für Einkäufe und Dienstleistungen in der Region sowie für lokale Bauten. Insgesamt beträgt der Saldo zwischen den innerhalb der Region Boston getätigten Ausgaben und den von ausserhalb herstammenden Einkünften 2 Milliarden Dollar.

Eine kanadische Studie untersucht die ökonomische Wirkung der Universitäten von Ontario. Die Provinz Ontario gab im Jahr 1998 2,1 Milliarden Dollar für die Universitäten aus. Daraus resultierten für die Provinz direkte und indirekte Einnahmen von über 3,2 Milliarden Dollar.²⁴ Weniger spektakulär, aber für die Schweiz ausserordentlich beachtlich sieht die Situation in St. Gallen aus. Dort beträgt der durch die Universität bewirkte Kaufkraftzufluss für den Kanton 72 Millionen. Demgegenüber stehen öffentliche Beiträge vom Bund, den Kantonen und dem Kanton St. Gallen von insgesamt 56 Millionen.²⁵

21 WALTER INGO, Referat am 26. März in Zürich. New York: Stern School of Business at New York University (2004).

22 ICF CONSULTING, *The Role of Universities Today: Critical Partners in Economic Development and Global Competitiveness* (2003).

23 APPLESEED, *Engines of Economic Growth. The Economic Impact of Boston's Eight Research Universities on the Metropolitan Boston Area* (New York 2003).

24 COUNCIL OF ONTARIO UNIVERSITIES (2001): *The Economic Impact of Ontario Universities* (Toronto 2001), www.cou.on.ca.

V. Hochschulbildung wird zum Geschäft

Hochschulen werden zum Geschäft, wenn die Rahmenbedingungen dies zulassen. In Europa stehen wir heute erst am Anfang dieser Entwicklung. Beispiele hierfür sind die prestigeträchtige London School of Economics (LSE) mit hohen Studiengebühren und einem Ausländeranteil von rund 90 Prozent.²⁶ Oder auch die Università della Svizzera Italiana (Usi) im Tessin mit deutlich höheren Studiengebühren (jährlich 8000 Schweizerfranken) für ausländische Studentinnen und Studenten und einem Ausländeranteil von 43 Prozent.²⁷ In einer neuen Studie²⁸ wird aufgezeigt, dass die Tessiner Hochschulen (Universität und Fachhochschule) Finanzflüsse von insgesamt 242 Millionen Schweizerfranken generieren. Für den Kanton Tessin resultieren daraus Nettoeinnahmen von 28,9 Millionen.

Es gibt aber auch in der Schweiz private Anbieter, die mit Hochschulbildung Geld verdienen. Mit Studiengebühren von rund 10 000 Schweizerfranken im Jahr gelingt es zum Beispiel der Hochschule für Wirtschaft und Verwaltung in Zürich, einen Gewinn auszuweisen.²⁹ Gewinn erwirtschaftet auch die Hotelfachhochschule in Lausanne. Die Gebühren für das dreisemestrige MBA-Programm (60 Kurswochen) betragen dort 48 500 Schweizerfranken.³⁰

Weltweit werden immer mehr private Hochschulen gegründet. Besonders in sich stark transformierenden Ländern: in Osteuropa, Asien oder auch Südamerika. Es sind dies Länder, wo dank der enormen ökonomischen Dynamik die Nachfrage nach Bildung steigt und die öffentlichen Angebote nicht mehr Schritt halten können. So zum Beispiel auch in China.³¹ Gemäss offiziellen Statistiken gibt es 173 private Hochschulen mit insgesamt 0,81 Millionen eingeschriebenen Studierenden. Gemessen an der Gesamtzahl von 11 Millionen Studierenden ist der private Anteil zwar noch klein, aber rasant wachsend.³² In Mexiko erlebte der private Sektor ebenfalls einen rasanten Aufschwung. Während im letzten Jahrzehnt im Tertiärbereich der öffentliche Sektor um 47 Prozent anwuchs, waren es im privaten Sektor 226 Prozent. Im Jahr 2003 studierte in Mexiko jeder Drit-

25 FISCHER GEORGES / WILHELM BEATE, Die Universität St. Gallen als Wirtschafts- und Standortfaktor (Bern 2001).

26 Siehe www.lse.edu.

27 www.unisi.ch.

28 FREY RENÉ / FOLLONI GIUSEPPE / MICHAEL STEINER, Il Bilancio economico e sociale dell'USI e della SUPSI. Rapporto per il Consiglio di Stato del Cantone Ticino (Basilea/Trento/Graz 2004).

29 HOCHSCHULE FÜR WIRTSCHAFT UND VERWALTUNG, Jahresbericht 2003 (Zürich 2004).

30 Siehe <http://www.ehl.ch>.

31 YAN FENGQIAO, The Empirical Analysis of Personnel Contract and its Incentive in China's Private Colleges (Peking 2004).

32 www.edu.cn.

te an einer Privatuniversität. Verantwortlich dafür war die steigende Nachfrage nach Studienplätzen.³³ Während den letzten fünfzehn Jahren stieg die Zahl der Studierenden in Mexiko um 80 Prozent. Trotzdem liegt die Akademikerquote der Bevölkerung heute bei 22 Prozent.³⁴

Es sollte aber auch hellhörig machen, dass zum Beispiel in Warschau englischsprachige Master-Studiengänge laufen und dass dort ein Institut für Biomedical Engineering mit medizintechnischen Forschungsergebnissen vom Feinsten aufwartet.³⁵ Zudem wachsen dort junge Menschen heran, die ihre Zukunft wach, leistungswillig und bescheiden anpacken. In den osteuropäischen Ländern sind der Aufstiegs- und Bildungsdruck grösser als in marktwirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern. Grösser ist auch die persönliche Entbehrungsbereitschaft.

In den USA gibt es über 1700 private Colleges und Universitäten. Sie beherbergen über ein Fünftel aller Studierenden. Allerdings ist die Zahl der privaten Institutionen in den Bundesstaaten aufgrund der verschiedenen gesetzlichen Grundlagen sehr unterschiedlich. Während die Bundesgesetzgebung keine Unterscheidung zwischen öffentlicher und privater tertiärer Bildung macht, variieren die staatlichen politischen Rahmenbedingungen beträchtlich; insbesondere bezüglich des Einbezugs der privaten Universitäten in die gesamte Hochschulplanung, der Ausrichtung von staatlichen Stipendien an die Studierenden und/oder direkten Subventionen.³⁶

Die genannten Länder sind sowohl Konkurrenz als auch Markt für die Schweizer Hochschulen. Es gilt jetzt, sich gegenüber den anderen Hochschulen zu behaupten und gleichzeitig talentierte junge Menschen aus der ganzen Welt anzulocken. Dabei stehen die Schweizer Hochschulen vor allem zu den Spitzenuniversitäten in den USA in Konkurrenz; auch zu den privaten. Die amerikanischen Hochschulen wählen, im Unterschied zur Schweiz, ihre Studierenden sorgfältig aus. Das verschafft ihnen einen beachtlichen Vorteil und eine hohe Attraktivität. Diese zeigt sich unter anderem darin, dass jedes Jahr rund 500 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Schweiz in die USA ziehen. In der Rangliste der besten hundert Universitäten der Welt steht die Hälfte der exquisiten wissenschaftlichen Hochschulen in den Vereinigten Staaten, darunter die

33 KENT ROLLIN, Private Sector Expansion and Emerging Policy Responses in Mexican Higher Education. University of Puebla: (Mexico).

34 OECD 2003.

35 HERRMANN WOLFGANG (2004): Unis in Osteuropa hängen uns rasch ab. Studenten sind leistungswilliger und bescheidener. In: «Focus-Magazin» Nr. 24.

36 RICHARDSON JR. / RICHARD C. / TERANISHI ROBERT, Private Higher Education in California and New York: Different Policies and different Outcomes? (New York 2004).

Tabelle 5 Rangliste Jiao-Tang-Index

1	(1)	Harvard University	USA
2	(2)	Stanford University	USA
3	(5)	Cambridge University	GB
4	(4)	University of California/Berkeley	USA
5	(6)	Massachusetts (MIT)	USA
6	(-)	California Institute of Technology	USA
7	(7)	Princeton University	USA
8	(9)	Oxford University	GB
9	(10)	Colombia University	USA
10	(11)	University of Chicago	USA
11	(8)	Yale University	USA
12	(12)	Cornell University	USA
13	(14)	University of California/San Diego	USA
14	(19)	Tokyo University	JAP
15	(10)	University of Pennsylvania	USA
16	(15)	University of California/Los Angeles	USA
17	(13)	University of California/San Francisco	USA
18	(27)	University of Wisconsin/Madison	USA
19	(21)	University of Michigan/Ann Arbor	USA
20	(16)	University of Washington/Seattle	USA
21	(3)	Kyoto University	JAP
22	(24)	John Hopkins University	USA
23	(17)	Imperial College London	GB
24	(23)	University of Toronto	CAN
25	(2)	University College London	GB
26	(45)	University of Illinois/Urbana-Champaign	USA
27	(25)	ETH Zürich	CH
...
57	(45)	Universität Zürich	CH
...
91	(96)	Universität Basel	CH
...

zwei besten: Harvard und Stanford. Immerhin befinden sich auch drei Hochschulen aus der Schweiz unter den Top 100: die ETH Zürich auf Platz 27, die Universität Zürich auf Platz 57 und die Universität Basel auf Platz 91 (Universität Jiao-Tang, Shanghai 2004).³⁷ Diese beachtliche aktuelle Position gilt es für den internationalen Hochschulstandort Schweiz zu nutzen.

VI. Mehr Markt, weniger Staat

Die Hochschullandschaft Schweiz von morgen wird sich noch häufiger mit anderen vergleichen müssen. Und es ist klar, dass sie sich an der internationalen Spitze und nicht am Mittelmass orientieren darf. Damit das gelingt, müssen die einzelnen Hochschulen ein eigenes Profil entwickeln können. In der Avenir-Suisse-Studie «Hochschule Schweiz. Ein Vorschlag zur Profilierung im internationalen Umfeld»³⁸ wird ein trivalentes Hochschulsystem vorgeschlagen mit globalen Hochschulen, die sich weltweit an der Spitze positionieren; mit Hochschulen, die sich auf Europa ausrichten und so genannten nationalen Hochschulen, z. B. pädagogischen Hochschulen, die Spitzenleute für den schweizerischen Markt ausbilden. Eine solche wettbewerbsorientierte Ausrichtung der Hochschule Schweiz ist aber nur möglich, wenn sich das Hochschulsystem reformiert. Insbesondere ist:

die Steuerung des Schweizerischen Hochschulsystems zu vereinfachen. Die zahlreichen Akteure im Schweizer Bildungssystem blockieren sich in vielen Fällen gegenseitig. Es herrscht ein Durcheinander und eine Überregulierung; zu viele Stellen sind für den Hochschulbereich zuständig – oder fühlen sich zumindest so. Bundesrätin Dreifuss hat diesen Wirrwarr einmal als Spaghetti-Teller bezeichnet.

Auf Bundesebene ist für die universitären Hochschulen und die Fachhochschulen lediglich eine einzige schlanke Leitungsstruktur zu schaffen. Ein solches Amt hat dafür zu sorgen, dass an allen Hochschulen ähnliche Rahmenbedingungen und Steuerungsmechanismen gelten. Geregelt werden sollten zum Beispiel die Anerkennung von Studiengängen, die Anerkennung der Abschlüsse sowie die Anerkennung bzw. Akkreditierung der Hochschulen. Oder auch die Normen und Verfahren für die Finanzierung der Hochschulen durch den Bund und die Kantone. Insgesamt ist darauf zu achten, dass alle schweizerischen Hochschulen ähnliche Bedingungen für eine erfolgreiche Teilnahme am Wettbewerb haben.

37 Siehe <http://ed.sjtu.edu.cn/ranking.htm>.

38 SPORN BARBARA / AEBERLI CHRISTIAN, Hochschule Schweiz. Ein Vorschlag zur Profilierung im internationalen Umfeld (Zürich 2004).

Die Finanzierung der Hochschulen durch den Bund und die Kantone sollte nicht nur die Zahl der Studierenden an einer Hochschule, also die Quantität, sondern vor allem auch leistungsabhängige Komponenten bzw. die Qualität berücksichtigen. Hier könnten Indikatoren wie die Studienabbruchsquote, die durchschnittliche Studiendauer oder die Forschungstätigkeit eine Rolle spielen. Besonders ist darauf zu achten, dass, im Hinblick auf eine höhere Kosteneffizienz, Angebote über die Nachfrage hinaus uninteressant werden. Zum Beispiel indem Studiengänge mit «optimalem» Beaufsetzungsverhältnis zwischen Professur und Studierenden «optimal» finanziert werden. Lehrgänge mit tiefen Studierendenzahlen bekämen nur wenige Ressourcen und sollten geschlossen werden. Es ist zum Beispiel kaum sinnvoll und nachvollziehbar, dass rund 300 Studienanfängerinnen und -anfänger für das Fach Theologie zwischen acht verschiedenen Fakultäten wählen können.

Wegen der Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte reichen die Gelder für eine optimale Studienqualität nicht mehr überall aus; deshalb sind auch neue Einnahmequellen zu finden. Sonst droht ein massiver Qualitätsverlust in der Lehre und Forschung. Durch mehr unternehmerische Tätigkeiten könnten die Hochschulen zusätzliche Mittel erwirtschaften. Zum Beispiel wie die öffentliche Universität Bern: Sie bietet an ihrem World Trade Institute einen gewinnbringenden Nachdiplomkurs in «Welthandelsrecht» an. Dieser kostet die 35 Teilnehmenden aus 30 Ländern je 50 000 Franken. Aber auch durch aktives Fundraising sowie das Einrichten von Stiftungen zwecks finanzieller Kapitalbildung für strategisch wichtige Zukunftsprojekte können zusätzliche Mittel generiert werden.

Nicht allein die Politik oder die Hochschulen, sondern so weit wie möglich der Markt oder eben der Wettbewerb, sollten das Hochschulsystem steuern. Insbesondere das zuletzt in Mode gekommene Steuerungsprinzip der Koordination von oben ist abzulehnen. Koordination führt in den meisten Fällen zur Erhaltung des Status quo. Für das Bestehen im internationalen Wettbewerb benötigen die einzelnen Hochschulen jedoch grösstmögliche Handlungsfreiheit beziehungsweise Autonomie.

Heute ist die Handlungsfähigkeit der Universitäten und Fachhochschulen durch zahlreiche Erlasse vom Bund und den Kantonen stark eingeschränkt. Die viel gepriesene Autonomie der Hochschulen ist immer noch an einem kleinen Ort zu finden. Hierzu ein Beispiel: Weil er vor der Schule für 100 Schweizerfranken pro Monat «eigenmächtig» einen Parkplatz für Besucherinnen und Besucher gemietet hatte, schickte der Kanton Bern dem Präsidenten seiner Fachhochschule eine fünfseitige Rüge. Der Parkplatz wurde dann trotzdem noch bewilligt. Sogar dem Bundesrat sind die Hände gebunden: Er würde die Studiengebühren an den Universitäten und Fachhochschulen gerne anheben; die Kompetenz hierzu liegt jedoch bei den Kantonen.

Echte Autonomie würde dagegen zum Beispiel bedeuten: Die Hochschulen sind bei der Anstellung von Professorinnen und Professoren nicht mehr an kantonale Reglemente gebunden. Sie können ihr eigenes Besoldungssystem festlegen. Und sie bestimmen auch die personalrechtlichen Normen und Verfahren, die sie selbstständig durchführen können. Konkret wäre es dann möglich, dass die Hochschulen Professorenstellen vorerst nur auf eine beschränkte Zeit einrichten und diese nur bei Erfolg verlängern.

Vor allem aber könnten sie die Höhe der Studiengebühren selber festlegen. Als Folge davon könnte es durchaus sein, dass in Zukunft ein Studium in Genf etwas mehr kostet als in Fribourg. Oder dass Medizinstudenten für die Ausbildung mehr bezahlen als Studentinnen der Jurisprudenz. Heute werden die sehr tiefen Studiengebühren von den Regierungen der Kantone festgelegt. Sie betragen etwa 600 Franken pro Semester; pro Vorlesungsstunde ist das ungefähr Franken 1.80, also weniger als das Trambillet zur Hochschule.

Die Qualität und das Renommee von Hochschulen bestimmen sich weitgehend durch die Leistungsfähigkeit der Studierenden. Diese Erkenntnis machen sich fast alle erfolgreichen Hochschulen der Welt zunutze. Seien es die Universitäten in Harvard, in Oxford oder an der Sorbonne; sie alle wählen ihre Studierenden selber aus. In der Schweiz selektionieren einzig die ETHs und die Universität St. Gallen ihre ausländischen Studienanwärterinnen und -anwärter. Als positiver Nebeneffekt eines Auswahlverfahrens resultiert für die Hochschulen die Möglichkeit, die Zahl ihrer Studierenden zu steuern; damit haben sie ein wichtiges Instrument zur Qualitätssicherung in der Hand. Wenn der freie Zugang zu den Hochschulen beibehalten wird, werden diese in Zukunft vor allem von Studierenden, die in ihrem Heimatland schlechtere oder auch teurere Ausbildungsbedingungen haben, überlaufen, und es droht die Gefahr einer Nivellierung der Hochschulen nach unten – was zu einem Exodus der klügsten Schweizer Köpfe an renommierte Hochschulen im Ausland führen würde, der ja teilweise schon stattfindet.

Mittels eigenem Profil sollten sich die Hochschulen im Bildungsmarkt klar strategisch positionieren und ausrichten können, damit sie eine hohe Attraktivität auf spezifische Gruppen von Studierenden und Dozierenden ausüben. Dabei kann auf die bisherige vorgeschriebene Bezeichnung als Universität oder Fachhochschule verzichtet, bzw. sollte es der Hochschule überlassen werden, wie sie sich positionieren will. In Australien wird seit 1989 und in England seit Anfang 1990 auf eine solche Unterscheidung verzichtet; in Deutschland wird über die Aufhebung diskutiert. Fachhochschulen sind Hochschulen, wie die Universitäten und ETHs auch.

Überdies müssten Hochschulen auch fusionieren können. Eine Fusion würde sich zum Beispiel zwischen der Universität und der Fachhochschule beider

Basel anbieten. Zurzeit wird aber als Folge einer Kopfgeburt versucht, die Fachhochschulen der Kantone Aargau, Solothurn, Basel-Land und Basel-Stadt unter einem «Dach» zu vereinigen, als gäbe es keinen Kanton Jura dazwischen.

VII. Mehr Wissen, mehr Wohlstand

Die Schweiz im Zentrum von Europa hat alle Voraussetzungen zum starken Bildungsstandort. Die weltweite Bildungsexpansion bzw. Erhöhung der Partizipationsraten am Hochschulsystem ist eine neue Herausforderung für die tertiäre Bildung, die mit verschiedenen Strategien und Optionen angegangen werden kann. Dabei sind insbesondere zwei Aspekte in Betracht zu ziehen: der quantitative und der qualitative Ausbau. Für die Hochschule Schweiz sollte sowohl ein quantitativer wie auch qualitativer Ausbau vorgesehen werden. Auf dem weltweiten Markt sind genügend junge Talente vorhanden, die eine Erhöhung der Studienplätze ermöglichen, ohne dass die Qualität darunter leidet. Dies erfordert, dass die Hochschulen ihre Studierenden auswählen können.

In der «Wissensgesellschaft» hängt die Entwicklung und damit der Wohlstand eines Landes sehr stark von der grauen Masse der Menschen ab. Es gilt deshalb, dank einem herausragenden Hochschulangebot, exzellentem Personal und sehr guten Rahmenbedingungen, die talentiertesten jungen Leute aus dem In- und Ausland anzuziehen. Die Schweiz hat hierfür eine sehr gute Ausgangslage. Diese gilt es zu nutzen, damit ein möglichst grosses Stück des weltumspannenden Bildungsmarktes gesichert werden kann.

Das Schweizer Hochschulsystem sollte um zusätzlich 100 000 internationale Studienplätze erweitert werden. Damit würde die Zahl der Studierenden von heute rund 160 000 auf etwa 260 000 erhöht. Das ist ein massiver Ausbau, der nur mit einer ausserordentlichen Anstrengung auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen zu erreichen ist.

Um ein Beispiel zur anvisierten Grössenordnung und der volkswirtschaftlichen Bedeutung zu geben, seien hier die jährlichen Konsumausgaben der Studierenden aufgeführt: sie betragen ungefähr 20 000 Schweizerfranken pro Jahr.³⁹ Multipliziert mit 100 000 Studierenden ergeben sich daraus zusätzliche Konsumausgaben von 2 Milliarden Franken, die jährlich in der Schweiz ausgegeben würden. Ebenfalls zur Veranschaulichung dienen die folgenden Studierendenzahlen an drei Schweizer Universitäten im Jahre 2002: Bern: 11 632, Neuenburg: 3252 und Zürich (exklusive ETH): 22 350. Demgegenüber studieren allein in den Hochschulen der Stadt Berlin insgesamt 120 000 junge Leute.

Eines ist klar: Wenn man dieses Ziel erreichen will, muss massiv in Infrastrukturen, vielleicht sogar in Neugründungen oder Neuansiedlung von öffentlichen oder privaten Hochschulen und dem entsprechenden Personal investiert werden. Und die Hochschulen selber müssen sich international ausrichten und

entsprechende Anstrengungen unternehmen. Und selbstverständlich müssen sie ihre Studiengänge auch in englischer Sprache anbieten.

Als Erstes und Wichtigstes braucht es jedoch die Einsicht, dass die Zukunft der Schweiz in einem starken Bildungsstandort liegt. Ähnlich wie zu Zeiten der Industrialisierung, als unser Land ausländische Fachkräfte anzog (z. B. Brown & Boveri oder Hayek) und erfolgreiche Industrieunternehmen entstanden (z. B. wurden 80 Prozent der Diesel-Schiffsmotoren in der Schweiz hergestellt), gilt es jetzt, den Schritt in die Wissensgesellschaft zu tun. In dieser resultiert eine hohe Wertschöpfung aus know-how-intensiven Produkten und Dienstleistungen. Und es braucht Forschung und Innovation sowie bestens ausgebildetes Personal.

100 000 zusätzliche junge, leistungsfähige Studierende aus dem Ausland an den Hochschulen würden das Niveau des Wissensplatzes Schweiz gewaltig erhöhen. Sie hätten eine sehr positive Wirkung auf die Wirtschaft und die Gesellschaft. Und auch auf die Demografie (mehr junge Leute) oder die Sicherheit (internationale Netzwerke) des Landes. Last but not least würden diese jungen Leute ein positives Bild und Renommee der Schweiz in die Welt hinaustragen. Und mit ihnen würde, mit den entsprechenden Rahmenbedingungen, Bildung auch in der Schweiz zum Geschäft. Das würde entscheidend zum Wohlstand des Landes beitragen.

VIII. Ausbau der «Hochschule Schweiz»

Die «Hochschule Schweiz» platzt heute aus allen Nähten. In St. Gallen wird «Schritt um Schritt» gebaut, während der Studienbetrieb in Provisorien weiterläuft.⁴⁰ Die Universität Luzern wird als «Hochschule ohne Heimat» betitelt. Eifrig wird ein neuer Standort gesucht.⁴¹ Und in Zürich expandiert die Universität nach Zürich-Nord; als Folge davon müssen die Studierenden in den Pausen pendeln.⁴² Darüber hinaus ist mit einer Zunahme von Studierenden aus dem Ausland zu rechnen bzw. ist ein internationaler Ausbau erwünscht.

Die schweizerische Bundesverfassung sieht vor, dass der Bund neben den technischen Hochschulen «weitere Hochschulen und andere höhere Bildungsanstalten errichten, betreiben oder unterstützen» kann.⁴³ Und der Bund prüft zurzeit die Aufhebung des Militärflugplatzes in Dübendorf [Militär-Jet-Betrieb mittlerweile eingestellt]. Bei Überlegungen zum Ausbau der Schweizer Hochschullandschaft ist deshalb auch das Gebiet des Militärflugplatzes in Dübendorf für den Bau einer neuen, internationalen Campusuniversität in Betracht zu zie-

39 Vgl. FISCHER GEORGES / BEATE WILHELM (2001).

40 Vgl. «St. Galler Tagblatt», 24. Mai 2004.

41 Vgl. «Die Wochenzeitung», 14. Oktober 2004.

hen. Das Gelände bietet sich fast an für den Bau von Lehr- und Forschungsgebäuden, von Studentenwohnungen, von Freizeit- und Sportstätten und weiterer Infrastruktur einer international ausgerichteten Hochschule. Eine neue «Swiss International University» (SIU) in einer solchen Grössenordnung wäre nicht nur ein Zeichen für den Wissens- und Technologiestandort Schweiz, das weitherum eine grosse Beachtung hervorrufen würde, sondern hätte auch enorm positive Auswirkungen für die Gesellschaft und Wirtschaft.

Mit den für den Bau einer Campusuniversität notwendigen Investitionen in die Zukunft werden Tausende von neuen Arbeitsplätzen geschaffen und können Tausende von jungen Leuten auf höchstem Niveau ausgebildet werden. Dies führt zu neuen Erfindungen, Patenten, neuen Firmen usw., die wiederum Arbeitsplätze schaffen und zum Wachstum und Wohlstand beitragen. Wenn die Schweiz die Chancen, die in der Tertiärbildung liegen, nicht packt, machen es andere. Und dann droht ihr ein Abstieg ins Mittelmass beziehungsweise in die zweite Bildungsliga, der verheerende Folgen haben könnte. Das Ziel muss also der Spitzenausbildungsplatz in Europa sein; die Schweiz muss, um es mit den Worten des Präsidenten der ETH Lausanne zu sagen, möglichst rasch zum europäischen «Education Country» ausgebaut werden. Für ein Land, das seinen Wohlstand nicht zuletzt der gut ausgebildeten Bevölkerung verdankt, sind Investitionen in die Hochschulen kein Luxus, sondern notwendige Bedingung und grosse Chance für den zukünftigen Erfolg in einer internationalisierten, vom Wettbewerb getriebenen Welt.

42 Vgl. «Neue Zürcher Zeitung», 28. Oktober 2004.

43 SCHWEIZER BUNDESVERFASSUNG, Art. 63: Berufsbildung und Hochschulen.